

KOLUMNE ZUR ÖKUMENISCHEN SOZIALINITIATIVE (III)

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben 2014 den Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vorgelegt. Ziel dieser Ökumenischen Sozialinitiative ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Im Zuge dieser Diskussion befassen sich die Wirtschaftskolumnen der „Tagespost“ derzeit mit den zehn Kapiteln der Sozialinitiative und setzen sich jeweils mit einer der Thesen dieser Sozialinitiative auseinander. Im Internet besteht auf der Seite www.sozialinitiative-kirchen.de zudem die Möglichkeit, selbst Kommentare zur Sozialinitiative zu verfassen. Außerdem kann dort Einblick in den Text der jeweiligen These genommen werden.

Finanzmärkte neu gestalten

VON PROFESSOR JOACHIM WIEMEYER

Zwar hatten die EKD wie die Deutsche Bischofskonferenz bereits kurz nach der Finanzkrise 2007 bis 2009 in jeweils getrennten Dokumenten dazu Stellung genommen. Ein wesentlicher Grund für die Kirchen, sich nach 1997 wieder in einer gemeinsamen Sozialinitiative zu Wort zu melden, lag auch darin, dass die notwendigen Konsequenzen weder bei den beteiligten Akteuren der Finanzwirtschaft noch in der nationalen oder europäischen, schon gar nicht in der internationalen Regulierung der Finanzwirtschaft, hinreichend gezogen wurden.



Professor Joachim Wiemeyer. Foto: Archiv

Eine wesentliche Ursache der Finanzkrise lag darin, dass in Zentren der Finanzwirtschaft eine Eigenwelt der Finanzmarktmitarbeiter entstand, die sich als Herrscher der Welt verstanden. So sah der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank Breuer die Finanzmärkte als „fünfte Gewalt“ an, die auf den Devisen- und Anleihemärkten täglich die Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen bewerten. Dass in der Demokratie jeder Mensch nur eine Stimme hat, während auf den Finanzmärkten die Höhe der Beträge in Millionen- oder Milliardenhöhe eine Rolle spielen, und damit der sozial-ethisch gebotene Vorrang der Politik vor der Wirtschaft in Frage gestellt wird, geriet nicht in sein Blickfeld. Der Vorstandsvorsitzende der führenden Investmentbank Goldman Sachs Lloyd Blankfein verstieg sich 2009 sogar zu der Behauptung, dass die „Banker Gottes Werk tun“. Nach öffentlichem Protest rückte er von dieser Behauptung wieder ab. Wie viele nach der Finanzkrise bekannt gewordenen Skandale, wie die Absprache von Bankenvetretern in London über die Manipulation zentraler Zinssätze (EURIBOR), zeigen, schwinden in der abgehobenen Scheinwelt der Finanzwirtschaft moralische Skrupel. Der nach außen propagierte „Kulturwandel“ lässt sich bisher nicht ablesen, wenn zum Beispiel bei der Gestaltung der „Boni“ jeweils der gesetzliche Rahmen voll ausgeschöpft und nach Umgehungsmöglichkeiten gesucht wird.

Auch bei der politischen Regulierung der Finanzwirtschaft kommt der Staat auf deutscher und europäischer Ebene nur langsam voran, weil nationale Regierungen – auch unter Lobbyeinfluss – die vermeintlichen Standortinteressen ihrer Finanzwirtschaft stützen und damit eine weitere Instabilität und Krisenanfälligkeit der Finanzwirtschaft hinnehmen. Indem die europäische Zentralbank mit ihrer Niedrigzinspolitik maroden Banken sichere Zinsgewinne

ermöglicht, wird eine ursachenadäquate Neuaufstellung des Bankensystems verschleppt. Außerdem hat es unerwünschte verteilungspolitische Wirkungen, in dem bei Banken angelegte Großvermögen geschont oder begünstigt werden. Diese würden in einer Abschreibung der wertgeminderten Forderungen der Banken zu Lasten der Eigentümer bestehen. Anschließend müssten diese abgewickelt oder rekaptalisiert werden.

In der Sozialinitiative wird zwar auf eine traditionelle Richtung der Ökonomie, nämlich den Ordoliberalismus von Walter Eucken, Bezug genommen, nicht aber die aktuelle Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften ausdrücklich kritisiert. Vorherrschend waren für den Finanzmarkt Theorien, die gerade eine besondere Effizienz und Überlegenheit der Finanzmärkte betont und so erst Deregulierungsforderungen legitimiert hatten. Eine grundlegende Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften, die die Krisenanfälligkeit besonders der Finanzmärkte sowie gerade die besonderen moralischen Versuchungen in diesem Wirtschaftszweig, der mehr als andere auf Vertrauen der institutionellen Marktakteure (Banken) untereinander sowie aller Marktakteure angewiesen ist, steht noch aus.

Auch in Zukunft ist es erforderlich, dass die Kirchen die Entwicklung der Finanzmärkte kritisch begleiten. In ihrer Tradition verfügen sie seit Anbeginn an über eine gesunde Skepsis gegenüber einer sich selbstständigenden Finanzwirtschaft. Papst Franziskus (Evangelii gaudium Nr. 58) weist ausdrücklich darauf hin, dass Geld dienen und nicht herrschen soll.

Der Autor hat den Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum inne.

Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik
Gesellschaft und Kultur
vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
Begründet von Johann Wilhelm Naumann

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH, Postfach 54 60, D-97004 Würzburg, Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg. – Telefon: Zentrale (09 31) 3 08 63-0, Buchhaltung 3 08 63-25, Vertrieb 3 08 63-32. – Fax 3 08 63-33 (vom Ausland aus: 00 49 vorwählen). E-Mail: info@die-tagespost.de Internet: <http://www.die-tagespost.de>, www.die-tagespost.at LIGA Bank BLZ 750 903 00, Konto-Nr. 3 010 201, IBAN: DE50 7509 0300 0003 0102 01, BIC: GENODEF1M05.

Herausgeber:

Domdekan Prälat Lic. theol. Günter Putz
Chefredakteur: Markus Reder
Chef vom Dienst: Stefan Rehder
Redaktion: Regina Einig (Kirche aktuell)
Markus Reder (Wirtschaft, Aus aller Welt, Theologie und Geschichte, Aussprache, Reise)
Stefan Rehder (Politik, Zeitgeschehen)
Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien, Literatur)
Büro Rom/Vatikan-Korrespondent: Guido Horst
Büro Jerusalem/Nahost-Korrespondent: Oliver Maksan
Büro Österreich/Südeuropa-Korrespondent/
Europapolitik: Stephan Baier
Feuilleton, Im Gespräch/Sonderkorrespondent Kultur:
Dr. Stefan Meetschen
Verlagsbeilage „Reise & Wohlfühlen“: Markus Reder
Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Albrecht Siedler
Dipl.-Theol. Markus Reder
Anzeigenleitung: Anja Stichnoth

Erscheinungsweise: Dienstag, Donnerstag und Samstag. Monatlicher Abonnementpreis einschließlich 7% Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 18,85 einschließlich der Kosten für Postzustellung. Abonnementskündigungen sind mit vierwöchiger Frist zum Ende des berechneten Zeitraums möglich. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Druck: Main-Post GmbH & Co. KG – Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2013. – Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW. Sie ist Mitglied im Katholischen Medienverband. – Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen. Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.



Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Dominikanerplatz 8, 97070 Würzburg.
LIGA Bank BLZ 750 903 00, Konto-Nr. 3 010 244, IBAN:
DE53 7509 0300 0003 0102 44, BIC: GENODEF1M05.

Die Gesamtauflage enthält eine Beilage von „Parvis-Verlag“, Route de l’Eglise 71, 1648 Hauteville / Schweiz.

Eine Teilaufgabe enthält eine Beilage von „Renovabis“, Domberg 27, 85354 Freising sowie von „Stiftung ecclesia mundi“, Pettenkofenstr. 26-28, 80336 München.